

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 886 646 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Rüdiger Reitz zum genossenschaftlichen Ansatz in diesem Bereich der Sozialpolitik: Neue Wege in der Altenhilfe und in der Pflege.

Seite 1

Gert Weisskirchen MdB zur Prager Versammlung von europäischen Bürgerinnen und Bürgern: Dialog über die zivile Zukunft unseres Kontinents.

Seite 2

Kurt Beck MdL zu der von Rheinland-Pfalz im Bundesrat eingebrachten Resolution "Zur Rechtsstellung der in Deutschland stationierten ausländischen Streitkräfte": Mainzer Landesregierung mit fünfjähriger Verspätung aktiv.

Seite 3

Dokumentation
Der Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter fordert "Abkehr vom Stärkekult". (Teil III und Schluß)

Seite 5

45. Jahrgang / 201

19. Oktober 1990

Neue Wege in der Altenhilfe und in der Pflege

Zum genossenschaftlichen Ansatz in diesem Bereich der Sozialpolitik

Von Rüdiger Reitz

Kommt in der Debatte über neue Wege in der Altenhilfe und über die Zukunft der Pflege die Idee der Selbsthilfe vor? Leider nur sehr zögerlich.

Deshalb ist es jetzt an der Zeit, den genossenschaftlichen Lösungsansatz in die Diskussion über Altenhilfe und häusliche Pflege einzuführen. Leider ist Deutschland in dieser Hinsicht ein unterentwickeltes Land, verglichen mit vorliegenden Erfahrungen in anderen westeuropäischen Ländern.

Genossenschaftliche Lösung heißt hier, angesichts eines von den großen Verbänden und öffentlichen Anbietern nicht mehr zu bewältigenden Engpasses Selbsthilfe für die jeweilige konkrete Lebenssituation zu organisieren. Z.B. in der Lebenssituation des Älterwerdens, der Pflege. Mit anderen Worten: Die Genossenschaft im humanen Versorgungsbereich, hierzulande völlig neues Land, ist eine Vereinigung von Personen mit einem konkreten Förderzweck, jedoch deutlich abgesetzt von kommerziell ausgeprägten Kapitalinteressen.

Die genossenschaftliche Lösung, d.h. in der Rechtsform einer eingetragenen Genossenschaft (e.G.), hat folgende Pluspunkte:

1. Der Fördergedanke umfaßt Betroffene und noch nicht Betroffene zur Motivierung von Engagement, Kapital und Selbsthilfe. Der Mensch ist Gründer, Ziel und Mittelpunkt eines gemeinschaftlich betriebenen Unternehmens.
2. Professionelle Fachkräfte und Selbsthilfegruppen arbeiten Hand in Hand. Die Genossenschaftsprinzipien der Nachbarschaftshilfe und der Solidarität bekommen neue Aktualität.
3. Die Genossenschaft stellt ihren Mitgliedern Förderleistungen zu angemessenen Preisen zur Verfügung. Die Erlössituation ist durch den Wegfall großer Apparate und horrend laufender Kosten großer Organisationen außerordentlich günstig - vorausgesetzt, daß die Eigenkapitalbildung der Genossenschaft stimmt.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus U217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
mit recyceltem Papier
Recycling-Papier



4. Genossenschaften im Bereich der Altenhilfe und häuslichen Pflege signalisieren die Rückkehr zum ursprünglichen Prinzip der Gemeinnützigkeit, da es eine unternehmensbezogene Gesamtkostendeckung zum Ziel hatte. Damit setzen Genossenschaften ein Gegengewicht zu einseitig kommerziell ausgerichteten privaten Anbietern.
5. Die quälende Diskussion über Sinn und Unsinn ehrenamtlicher Arbeit ist bei einer genossenschaftlichen Lösung überflüssig. Als fester Bestandteil des Gesamtprojektes Genossenschaft bietet ehrenamtliche Arbeit, geprägt von Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung, eine ganz andere Motivation für cooperate identity mit dem Betrieb und für ein erfülltes Leben jenseits der formalen Erwerbsarbeit.

Die Genossenschaftslösung für die Humandienstbereiche Altenhilfe, Pflege und ambulante häusliche Dienste ist ein neues Kapitel "Eigenarbeit", übrigens durchaus bezahlte!

In Köln ist gegenwärtig ein genossenschaftlicher Lösungsansatz für die Bereiche Älterwerden, Sterben, Tod und Trauer im Aufbau. "Begleitung", der Name der Genossenschaft in Gründung (i.G.), könnte auch Erfahrungsfeld für andere Genossenschaftsgründungen sein, z.B. für Ältergenossenschaften.

Ein dritter, nicht kommerziell-privatrechtlich orientierter Weg zwischen den öffentlichen und den großen freien Anbietern kommt in Sicht.

(-/19.10.1990/rs/fü)

Dialog über die zivile Zukunft unseres Kontinents
Zur Prager Versammlung von europäischen Bürgerinnen und Bürgern

Von Gert Welsskirchen MdB

Vor drei Jahren sprach Charta 77, die Bürgerrechtsbewegung in der damaligen CSSR, die erste Einladung aus zu einer europäischen Bürgerversammlung, um den KSZE-Helsinki-Prozeß von unten zu erneuern.

An diesem Wochenende findet sie statt: Nicht als Projekt, das von der stalinistisch befehligten Polizei terrorisiert wird, sondern als erste offene Versammlung der sozialen Bewegung für Freiheit und Menschenrechte. Sie hat im Osten Europas die Revolution des Herbstes 1989 hervorgerufen und ihren friedlichen Charakter geprägt. Sie hat sich die Aufgabe gestellt, die gewonnene Demokratie zu festigen und auszugestalten. Und sie arbeitet an der zivilen Gesellschaft Europas in der Erkenntnis, daß der offizielle Helsinki-Prozeß der KSZE-Signatarstaaten von einer breiten Öffentlichkeit getragen werden muß. Mit dem Ende der Block-Konfrontation zwischen Ost und West ist die soziale Spaltung Europas längst nicht überwunden.

Gefahren des Chauvinismus sind nicht gebannt. Die Teilung unseres Kontinents zu überwinden ist in erster Linie eine Aufgabe der zivilen Gesellschaft, der Bürgerinnen und Bürger, die in selbstorganisierten Vereinigungen, Bewegungen, Initiativen und Klubs über die nationalen Grenzen hinweg aktiv sind.

Es geht um neue soziale Beziehungen und neue Formen des Dialogs. So soll, heißt es im Prager Appell 1990, ein Netzwerk von unten entstehen, um "einerseits mit den Regierungen zu verhandeln und Druck auf die politischen Institutionen auszuüben, und um andererseits eine Reihe von Problemen auch außerhalb der staatlichen Ebene zu lösen. Es geht um die Ausweitung der gesellschaftlichen Sphären des Handelns und um die Herausbildung einer europäischen öffentlichen Meinung."

Die Prager Versammlung von europäischen Bürgerinnen und Bürgern wird vom heutigen Freitag bis Sonntag die zivile Zukunft unseres Kontinents diskutieren.

Eingeleitet wird die Versammlung durch Reden von Vaclav Havel und Oskar Lafontaine sowie von Roshan Dhunjiboy und Jorge Semprun.

(-/19.10.1990/rs/ks)

Mainzer Landesregierung mit fünfjähriger Verspätung aktiv
Zu der von Rheinland-Pfalz im Bundesrat eingebrachten Resolution "Zur Rechtsstellung der in Deutschland stationierten ausländischen Streitkräfte"

Von Kurt Beck MdL

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz

Als Rudolf Scharping, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion am 11. Dezember 1985 im Landtag auf gleichberechtigte Partnerschaft im Bündnis und damit auf eine Reform des NATO-Truppenstatuts und des Zusatzabkommens drängte, da war von CDU und CDU-geführter Landesregierung - wie bei den Debatten um die militärische Flugschau von Ramstein - nur vom "latenten Antiamerikanismus" die Rede. Die Führung des Flugzeugträgers Rheinland-Pfalz war an einer selbstbewußten Vertretung der Interessen der Bürgerschaft nicht interessiert.

Wenn jetzt die Landesregierung in Mainz voller Stolz eine Bundesratsinitiative verkündet, möchte sie vergessen machen, daß sie lange, zu lange, unaktiv war, nicht die Kooperation, sondern die Konfrontation mit der SPD suchte.

Rudolf Scharping hat in den Jahren seit 1985 sich auch im Mai 1986 in Mainz, im November 1987 in Trier und in seinem Regierungsprogramm 1987 bis 1990 für die gleichberechtigte Partnerschaft im Bündnis und für sehr konkrete Maßnahmen ausgesprochen, die heute so aktuelle sind wie vor vier Jahren:

"Deshalb wird eine sozialdemokratische Landesregierung dafür sorgen, daß unsere Interessen zählen. Wir wollen gleichberechtigte Partner im Bündnis sein ... Die Willensbildung im Bündnis muß den Beziehungen souveräner Vertragspartner entsprechen und auf die vitalen Interessen der Mitglieder Rücksicht nehmen ... Bei den Standorten, gleich, ob der Bundeswehr oder der alliierten Streitkräfte, müssen die Bestimmungen des Umweltschutzes, des Baurechtes und der Sicherheit uneingeschränkt angewendet werden ... Wir werden darauf drängen, daß die Bundesregierung die Bestimmungen des NATO-Truppenstatuts und seiner Zusatzabkommen in Verhandlungen so präzisiert, daß für deutsche Arbeitskräfte bei den Streitkräften deutsches Arbeitsrecht gilt."

Diese seit 1985 und früher kontinuierlich erhobenen Forderungen sind heute Allgemeingut geworden.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung schmückt sich deshalb mit vielen "fremden Federn", wenn sie im Bundesrat in einer Entschließung die Bundesregierung bittet, in Verhandlungen mit den Vertragspartnern des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut mit dem Ziel einer Änderung dieses Abkommens einzutreten.

Hoffentlich bleibt die Bundesregierung ob dieser Bitte, die übrigens in die Ausschüsse des Bundesrates zur weiteren Beratung verwiesen wurde, nicht so lange sprachlos, wie auf eine Große Anfrage der Bundestagsfraktion der SPD zum Thema "Gleichberechtigte Partnerschaft im Bündnis" (Bundestags-Drucksache 11/4158) vom 9. März 1989.

Diese Große Anfrage, in der die Bundesregierung nach ihrer Rechtsmeinung zu verschiedenen Problemen des NATO-Truppenstatuts und seines Zusatzabkommens gefragt wird, ist nämlich bis auf den heutigen Tag unbeantwortet geblieben!

In der Sache unbeantwortet blieb auch ein Brief von Rudolf Scharping vom 17. November 1989 an die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen in Rheinland-Pfalz.

Mit diesem Brief übermittelte Scharping den Entwurf einer gemeinsamen Entschließung aller Fraktionen des rheinland-pfälzischen Landtags zu einer Änderung des NATO-Truppenstatuts, seines Zusatzabkommens und weiterer auf dieser Grundlage getroffener Vereinbarungen.

Nach dem Text des Antragsentwurfs sollte sich die Landesregierung dafür einsetzen, daß die Gemeinden, Städte und Landkreise über beabsichtigte Maßnahmen der alliierten Streitkräfte so früh wie möglich unterrichtet werden. Die Regierung soll weiterhin im Bundesrat initiativ werden, mit dem Ziel einer Änderung des Landesbeschaffungsgesetzes, so daß künftig bei der Beschaffung von Grundstücken für militärische Zwecke den Gemeinden und Städten ein Mitbestimmungsrecht und nicht nur ein Anhörungsrecht - wie bisher - zugestanden wird.

Es darf bei der bekannten Ideenarmut der Mainzer Landesregierung nicht wundern, wenn in ihrem Antrag an den Bundesrat die wichtigsten Punkte von Rudolf Scharping wieder aufgegriffen werden.

Nachdem die SPD-Bundestagsfraktion über ein Jahr lang keine Antwort auf ihre Große Anfrage erhielt, legte sie am 30. Mai 1990 dem Bundestag einen Antrag zum gleichen Thema (Gleichberechtigte Partnerschaft im Bündnis - Bundestags-Drucksache 11/7979) vor. In diesem Antrag wurden die von Rudolf Scharping und der SPD-Landtagsfraktion entwickelten Änderungswünsche erneut aufgegriffen, aber CDU/CSU lehnten ab.

Fast gleichzeitig legte die SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz (Drucksache 11/4240) einen Antrag im Landtag vor, in dem die Punkte, die Scharping den anderen Fraktionen - leider ohne Resonanz - zugeleitet hatte, wieder aufgegriffen wurden. Er ist im Landtag noch nicht behandelt worden.

Am 24. August 1990, also vor acht Wochen, legte die SPD dann einen Entschließungsantrag zum Thema "Beachtung rheinland-pfälzischer Interessen bei der geplanten US-Truppenreduzierung" (Drucksache 11/4427) vor, in dem es unter anderem heißt:

"Darüber hinaus erwartet der Landtag, daß alle Regelungen überprüft und gegebenenfalls gekündigt werden, die im NATO-Truppenstatut und im Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut einer gleichberechtigten Partnerschaft im Bündnis entgegenstehen, darunter auch die Regelungen, die bisher eine Gleichstellung der zivilen Beschäftigten bei den alliierten Streitkräften mit den Zivilbeschäftigten bei der Bundeswehr verhindern."

Dieser Antrag wurde - ohne Ausschußüberweisung - von CDU und FDP abgelehnt. Es dauerte dann nur wenige Wochen, bis die rheinland-pfälzische Landesregierung am 4. Oktober 1990 sich mit "fremden Federn" in einer Bundesratsentschließung schmückte: Was die Landesregierung bisher unbeantwortet gelassen und was die Koalitionsabgeordneten abgelehnt hatten, wurde dem Bundesrat plötzlich als Entschließungsantrag des Landes Rheinland-Pfalz vorge-

legt. Das ist nicht nur peinlich, das ist das politische Versagen einer Landesregierung, die auf die Vergeßlichkeit der Bürger baut.

(-/19.10.1990/rs/ks)

DOKUMENTATION

Horst-Eberhard Richter: Die neue friedenspolitische Aufgabe der Deutschen (Teil III und Schluß)

Der Psychoanalytiker und Sozialpsychologe Horst-Eberhard Richter fordert e kürzlich auf dem in Bonn stattfindenden Kongreß der Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) von den Deutschen eine "Abkehr vom Stärkekult": Wir dokumentieren sein Referat in drei Teilen.

In der Jugend scheint die Einsicht in die Notwendigkeit dieser Entscheidung übrigens zu wachsen. Vor kurzem haben wir an unserem Gießener Zentrum eine gemeinsame sozialpsychologische Untersuchung mit Wissenschaftlern der Moskauer Staatsuniversität abgeschlossen. Im Rahmen dieser Erhebung haben wir 1.450 westdeutsche Studenten, je zur Hälfte Frauen und Männer, gefragt, ob sie eine Auseinandersetzung mit der Hitlerzeit noch für wichtig oder inzwischen für überflüssig hielten.

86 Prozent der jungen Deutschen, man staune, antworteten: Wir halten diese Auseinandersetzung für wichtig. Durch eine Korrelation mit anderen Fragen kam heraus: Je wichtiger den Deutschen die Auseinandersetzung mit der Hitlervergangenheit ist, um so gründlicher sind bei ihnen alle Spuren eines Rußlandfeindbildes getilgt und umso deutlicher heben sie sich im persönlichen Selbstporträt durch eine generelle Bereitschaft zum Mitgefühl und fürsorglicher sozialer Anteilnahme ab. Entsprechend fanden wir bei denjenigen Russen besonders viel Sympathie für uns Deutsche, die noch betont Wert auf die Aufarbeitung der Stalinzeit legen. Beiderseits hängt also die Bereitschaft zu selbstkritischer historischer Erinnerung unmittelbar mit Toleranz und Verständigungswillen zusammen. Dies ist ein empirischer Beleg für die psychoanalytische Hypothese, daß Offenheit für schuldbelastete Erinnerungen den Verzicht auf Feindbilder erleichtere.

Um so erfreulicher erscheint demnach die Tatsache, daß mehr als vier Fünftel der von uns befragten jungen Deutschen sich noch entschieden mit der Nazi-Zeit auseinandersetzen wollen. Offenbar wollen sie sich erinnern, um nicht unbemerkt Anfälligkeiten zu erliegen, die sich in der Generation ihrer Eltern und Großeltern so katastrophal ausgewirkt haben und die auch in ihnen stecken können. Deshalb wollen sie noch genauer erfahren, wie und warum damals möglich war, was heute unfaßbar erscheint. Damit widersprechen sie eindeutig den Bonner Herren, die ihnen das Herumwühlen in den alten Geschichten als überflüssig oder gar schädlich auszureden versuchen.

Ebenso eindeutig stimmen unsere deutschen wie die russischen Befragten in der Meinung überein, daß die Atomwaffen weggeschafft werden sollten. Nur ganze 19 Prozent der Deutschen teilen noch die Meinung unserer verantwortlichen Verteidigungspolitiker, daß Atomwaffen zur Sicherung des Friedens nützlich sein könnten. Es bestätigt sich, was schon in zahlreichen anderen Untersuchungen der achtziger Jahre herauskam: In der Bevölkerung, zumal in der Jugend und bei den Frauen, eilt die Einsicht in die Notwendigkeiten der Friedens- und Umweltpolitik den politischen Prozessen deutlich voraus. Die russisch-deutsche Vergleichsstudie ist auch Hauptthema des gerade bei Hoffmann und Campe erschienenen Buches "Russen und Deutsche". Als IPPNW und Friedensbewegung haben wir inzwischen ein großes Sympathisantenreservoir. Von 60,7 Prozent der über 18jährigen Deutschen haben wir durch eine zusätzliche repräsentative Studie erfahren, daß sie der Friedens- und der Umweltbewegung zutrauen, sehr viel bewirken zu können. Allerdings wissen wir, daß bisher nur eine kleine Minderheit dieser 60,7 Prozent sich aktiv rührt, um die klar bejahten Ziele dieser Bewegung durchzusetzen.

Im Gegenteil, viele legen die Hände in den Schoß und lassen sich einreden, alles sei doch schon auf gutem Wege. Die militärischen Dienstzeiten werden verkürzt, die Armeen schrumpfen um einiges, die Gasgranaten verschwinden von deutschem Boden. Man will gar nicht mehr hören, daß die NATO, über die wir besser als über die UdSSR Bescheid wissen, noch kein einziges ihrer großen Waffenprojekte gestoppt hat; daß die Amerikaner nach wie vor ihre Tarnkappenbomber und binäre Chemiewaffen produzieren; daß fünf europäische Länder nebenher in neue Panzerprogramme investieren und daß sich bei Helikoptern und Lenk Waffen das gleiche abspielt; daß der Jäger 90 unbehindert weiterentwickelt wird.

Und da ist obendrein die Gefahr, daß der Wahlkampf, wie schon so oft, zu einer psychologischen Regression führt, daß die Auslieferung an ein PR-gesteuertes Medientheater von den großen langfristigen Überlebensfragen ablenkt. Viele lassen sich eine suggestive Einengung ihres Gesichtsfeldes gefallen: Wer verspricht am eingängigsten kurzfristige ökonomische Vorteile? Wer bedient sich am geschicktesten der vorherrschenden emotionalen Strömungen, der Abhängigkeits- und Beschwichtigungswünsche? Wer verkauft sich am besten?

Nein zur Wahl steht die geistig-politische Identität unseres neuen Gesamtdeutschland. Nach lauter so benannten historischen Ereignissen und Entscheidungen des letzten Jahres liegt die bedeutendste historische Entscheidung erst darin, was wir aus unserer Vereinigung machen werden. Die große Chance unserer Neustrukturierung ist eine Absage an den Stärkecult mit seinen unverantwortlichen ökologischen und militärischen Risiken in einer ewigen am Ende destruktiven Rivalität. Unabweisbar ist die Wahrheit, daß wir alle in der Welt inzwischen auf Leben und Tod wechselseitig voneinander abhängig und darauf angewiesen sind, gemeinsam die Bedingungen für das Weiterleben zu schützen.

Das verlangt zuallererst einen Ausstieg aus jener Rüstungspolitik, für die im Augenblick global mehr ausgegeben wird, als die Hälfte der Weltbevölkerung verdient. Es verlangt eine soziale Gerechtigkeit nach innen wie nach außen, welche die wachsende Kluft zwischen arm und reich abbaut. Deutschland darf nicht dabei mitwirken, daß sich Europa in ein westliches Schloß und ein östliches Armenhaus aufspaltet und daß der industrialisierte Norden des Globus die Verelendung und Verwüstung des Südens erst weiter betreibt, ehe er daran eines Tages notwendigerweise mit zugrunde gehen wird. Technischer Fortschritt ja, aber entschieden umgelenkt von unverantwortlichen Risikotechnologien auf Ziele wie alternative Energieformen, Energieeinsparung, umweltschonende Verkehrskonzepte, Schadstoffeliminierung allenthalben und so weiter.

Eigentlich lautet die Frage also klipp und klar, ob wir als Deutsche zu der einzigen Politik beitragen wollen die das Leben auf der Erde noch für lange Zeit zu ermöglichen verspricht. Diese Überlegung sollte die Entscheidung leicht machen. Aber nahe liegt es auch für viele, die peinliche Einsicht erneut zu verdrängen. Da ist eine schleichende Resignation wirksam, die sich freilich nach außen gar nicht als solche zu erkennen gibt. Sie tarnt sich im Westen als Konsumrausch, als lustvolles Trachten nach unmittelbarer individueller Selbstverwirklichung. Man blickt auf das Jetzt und Hier in Abwehr der Ahnung, daß es nicht mehr lange so weitergehen kann. Paradoxerweise fördern gerade die Politiker die Resignation, die eine verlogene platte Zuversicht unter gezielter Bagatellisierung der großen Überlebensprobleme predigen. Umgekehrt sehen sich ehrliche Politiker als Schwarzseher und Panikmacher verunglimpft, nur weil sie realistisch zu Opfern auffordern, die zum Bestehen der gefährdeten Zukunft unerlässlich sind. Dabei setzen gerade diese angeblichen Panikmacher ermutigend auf unsere Selbstheilungskräfte. (...)

Ich hoffe, ja ich bin überzeugt, daß dieser Kongreß diejenige gemeinsame Zuversicht fördern wird, die wir jetzt in unserem Lande wie überall brauchen. Das ist nicht der trügerische Glaube an die immer noch vorherrschenden Verharmloser und Beschwichtiger, sondern die Zuversicht in unsere eigene, bei weitem noch nicht ausgeschöpfte Kraft zur gemeinsamen Durchsetzung einer Politik Neuen Denkens.

(-/19.10.1990/rs/ks)
